

Parteipräsidium / Amt Politik · Postfach 840157 · 12531 Berlin

An alle
Bezirks- und Kreisverbände

Karl Richter
Stellv. Parteivorsitzender
Amtsleiter Politik
karl.richter@web.de

NPD-Leitbrief 2012-03

Informationen und Argumente zum Zeitgeschehen

– Stand: 27.01.2012 –

Thema:

Der 27. Januar zwischen Gedenken und Volkspädagogik

I. Lage, Fakten

Am 27. Januar 1945 erreichte die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Im Gedenk- und Festkalender der Bundesrepublik hat das Datum mittlerweile den Rang eines offiziellen Gedenk-Ereignisses als „Holocaust-Gedenktag“ erlangt, vergleichbar dem 8./9. November (Erinnerung an die Reichskristallnacht/„Reichspogromnacht“ 1938). Amtliche Grundlage dafür ist eine Proklamation zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ durch den seinerzeitigen Bundespräsidenten Roman Herzog vom 3. Januar 1996.

In Israel firmiert das Datum bereits seit 1959 als Gedenktag, und am 1. November 2005 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 27. Januar in einer Resolution offiziell zum internationalen „Holocaust-Gedenktag“.

In der Bundesrepublik wird am 27. Januar an öffentlichen Gebäuden auf Halbmast beflaggt. Vertreter des Staates, seiner Institutionen und der etablierten Parteien lassen sich zu Gedenkveranstaltungen herbei, die in der Regel zu Sühne- und Betroffenheitsbekundungen sowie zu **Attak-ken gegen „Rechts“** instrumentalisiert werden. Diese Tendenz gab bereits Ex-Bundespräsident Herzog in seiner Proklamation von 1996 vor: „(...) Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des



NPD-Parteizentrale
Postfach 840157
12531 Berlin



TEL 030 / 650 110
FAX 030 / 650 111 40
ePost parteizentrale@npd.de
www npd.de



NPD-Parteivorstand
KONTO 66 000 991 92
BLZ 100 500 00
Berliner Sparkasse

Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

Dieses Jahr verband Bundespräsident Wulff das Holocaust-Gedenken mit einer Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den 70. Jahrestag der Wannsee-Konferenz. Auch zu diesem Anlaß wurde das Holocaust-Gedenken mit einer verbalen Attacke gegen „Rechts“ verquickt. Wulff mit Blick auf das angebliche „Neonazi“-Netzwerk NSU: „Wir haben es alle nicht für möglich gehalten und auch nicht für möglich halten wollen, daß es das in unserem Land und in diesem Jahrzehnt gibt“. Gerade am Ort der Wannsee-Konferenz gelte es, den Familien ihrer Opfer zu versprechen, alles zu unternehmen, „damit Terror und mörderischer Haß auf Fremde und Fremdes in Deutschland nie mehr Platz haben“.

II. Bewertung

Festzuhalten ist:

■ Weder als Gedenktag noch als herausgehobenes Ereignis im Jahreslauf hat der 27. Januar einen begründeten Platz im Kalender des deutschen Volkes. Er verdankt sich weder der heimischen Überlieferung (wie die Feste des Brauchtums) noch kollektivem Erleben und Erinnern (wie zum Beispiel am 17. Juni). Es handelt sich vielmehr um eine **willkürliche, obrigkeitliche Einsetzung als Gedenktag**, vergleichbar etwa der Einführung neuer, künstlicher Monatsnamen während der Französischen Revolution anstelle der angestammten. Schon diese Ursprünge des 27. Januar als obrigkeitlich verfügtes Gedenk-Ereignis sind problematisch.

■ Es handelt sich darüber hinaus aber um ein Gedenkereignis mit eindeutig instrumentellem Charakter, d.h. es dient nicht nur dem Erinnern, sondern – in aller Regel – auch konkreten politischen Zielen, die häufig im „Kampf gegen Rechts“ zu suchen sind. Dies ist in unserer Argumentation hervorzuheben: der 27. Januar ist als „Holocaust-Gedenktag“ bzw. als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ ein **politisches Kampfmittel** in den Händen unserer Gegner, das **vor allem gegen die nationale Opposition gerichtet** ist.

■ Darüber hinaus ist diese Instrumentalisierung des 27. Januar aber gegen das gesamte deutsche Volk gerichtet, weil die mit dem historischen Ereignis verknüpften Inhalte (Auschwitz etc.) auf die **kollektive Beschuldigung und Dämonisierung aller Deutschen als „Tätervolk“** abzielen. Armin Mohler prägte dafür die prägnante Begriffsformel vom „Nasenring“: die durch einschlägige psychologische Konditionierung mürrische gemachten Deutschen lassen sich am „Nasenring“ der Vergangenheitsbewältigung auch zu ganz anderen Zwecken manipulieren, z.B. für Militäreinsätze, Geldzahlungen etc. Auch dieser Zusammenhang ist in unserer Argumentation transparent zu machen und aufzuzeigen.

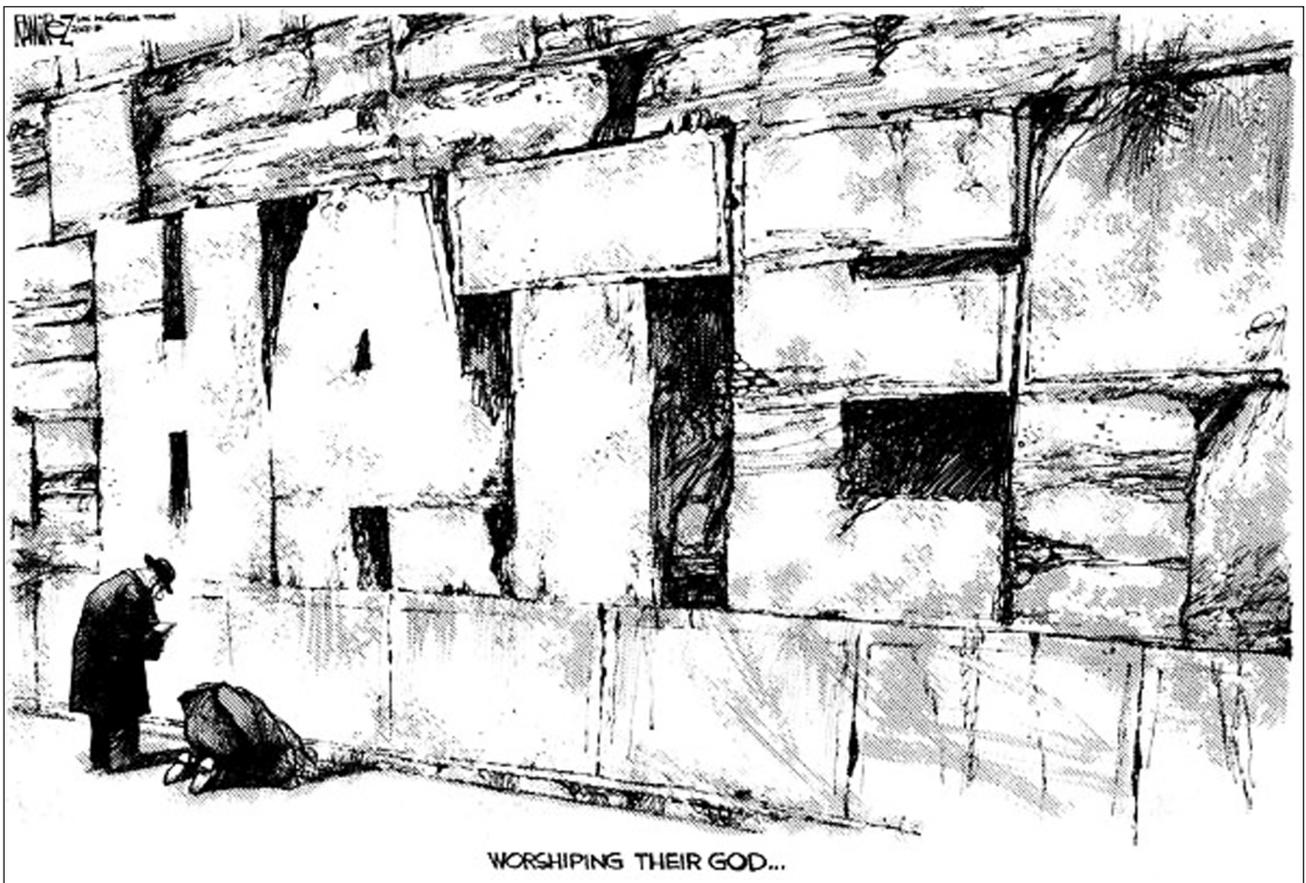
■ Über den rein deutschen Bezug hinaus muß der 27. Januar und das organisierte Gedenken an den „Holocaust“ als wichtiger Schritt zur Herstellung eines globalisierten (Gedenk-)Kultes gesehen werden, der als säkularisierter Religionsersatz im Rahmen der „One World“, als **„Holocaust-Religion“** aufzufassen ist. Den Juden kommt dabei die Rolle eines auserwählten „Opfervolkes“ (Feuer – Auschwitz – Brandopfer!), den Deutschen die des universalen Bösen, des „Tätervolkes“ zu. Dieser Aspekt sollte aus naheliegenden Gründen nicht im Vordergrund unserer politischen Argumentation stehen. Er ist aber bedeutsam, um die Dimensionen unseres politischen Kampfes richtig einschätzen zu können: die nationale Opposition steht nicht nur gegen das etablierte politische System unseres Landes, sondern letztlich gegen ein internationales Propagandakartell, das dem deutschen Volk die Rolle des „ewigen Bösen“ zugedacht hat (dazu weiterführend: http://www.haefely.info/gesellschaft+politik_holocaust-theologie+industrie.htm).

III. Argumentation

In unserer politischen Argumentation lehnen wir Nationaldemokraten den 27. Januar als **Gedenktag zur selektiven Beschuldigung und Erniedrigung des deutschen Volkes** ab. Wir erkennen in ihm den durchsichtigen Versuch, die deutsche Geschichte auf ein zwölf Jahre währendes „Verbrecheralbum“ zu reduzieren und in weiterer Folge das deutsche Volk für beliebige Zwecke zu manipulieren.

■ Je demonstrativer sich Vertreter des etablierten Politik-Kartells mit dem offiziellen Gedenken zum 27. Januar identifizieren, umso besser. Im Gefolge ihres schwindenden Ansehens ziehen die Vertreter der etablierten Politik auch das „Holocaust-Gedenken“ zwangsläufig in Mißkredit. Der moralisch angeschlagene Bundespräsident hat dem „Holocaust-Gedenken“ 2012 keinen Gefallen getan.

■ **Für Vertreter und Mandatsträger unserer Partei ist es angezeigt, Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar zu meiden und/oder zu boykottieren.** Unsere Begründung für solche Anlässe lautet, daß die NPD einseitige Gedenkveranstaltungen zu Lasten des deutschen Volkes prinzipiell ablehnt.



Redaktioneller Hinweis: Die NPD-„Leitbriefe“ sind ein Gemeinschaftswerk der Parteiämter „Politik“ und „Bildung“ unter Verantwortung des Amtes Politik. Sie dienen der politischen Binnenkommunikation innerhalb der NPD und sollen unseren Amtsträgern und Mitgliedern Handreichungen und Argumentationshilfen zu aktuellen politischen Themen bieten. Die „Leitbriefe“ erscheinen regulär im zwei- bis dreiwöchigen Turnus sowie im politischen Bedarfsfall.

Redaktion dieser Ausgabe: Karl Richter, Ronny Zasowk

KR